



Haushaltskommissar Oettinger bringt Einführung einer EU-Plastiksteuer ins Gespräch

Im Rahmen der vom Think Tank der Europäischen Kommission am 8. und 9. Januar 2018 in Brüssel ausgerichteten Konferenz „Shaping Our Future - Designing the Next Multiannual Financial Framework“ hat der für Haushalt und Personal zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger als einen möglichen Beitrag zum Schließen der finanziellen Lücken, die vor allem durch den Brexit entstehen werden, die Einführung einer EU-eigenen „Plastiksteuer“ ins Gespräch gebracht. Die Überlegung hat er im Rahmen der wöchentlichen Pressekonferenz der Kommission nach der Sitzung des Kollegiums am 10. Januar bekräftigt.

Nähere Ausführungen zur Höhe und zur möglichen Ausgestaltung einer „Plastiksteuer“ wurden nicht gemacht. Es wird sich zeigen, ob die Kommission die Idee in ihrem für das Frühjahr angekündigten Vorschlag für eine neue Eigenmittelverordnung konkret aufgreifen wird.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-5191_de.htm

Die Idee wurde jetzt erstmals offiziell formuliert, steht allerdings nicht im luftleeren Raum. Zum einen hatte die Kommission bereits in ihrem Reflexionspapier zur Zukunft der EU-Finzen vom 28. Juni 2017 in ganz allgemeiner Form von der Einführung gemeinschaftlicher „Energie- oder Umweltsteuern“ als neue Einnahmequelle der EU gesprochen. Die Idee einer EU-Plastiksteuer reiht sich hier ein.

Das Thema „Plastik“ steht auch darüber hinaus hoch auf der politischen Agenda der EU und der Kommission. Noch zum Ende des vergangenen Jahres – am 18. Dezember – hatten sich Parlament, Rat und Kommission nach einer wahren Marathonsitzung im Trilog auf das sog. „Kreislaufwirtschaftspaket“ mit neuen EU-Zielen bis 2030 für Recycling, Deponierung und Getrenntsammlung von Abfällen geeinigt, darunter auch von Plastikabfällen. Und noch in dieser Woche, am 16. Januar, wird die Kommission vermutlich ihre seit längerem erwartete „Kunststoffstrategie“ vorlegen (siehe zur Kunststoffstrategie auch den WB Nr. 30/2017). Mit dieser soll ein umfassender Ansatz zur Herstellung, zum Einsatz, zur Vermeidung und zur Wiederverwendung von Kunststoffen in der EU vorgestellt werden. Eine „Plastiksteuer“ als Beitrag zur Vermeidung von Kunststoffabfällen und deren Eintrag in die Umwelt passte durchaus zu diesen Aktivitäten.